



# liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte  
ausgabe november 2010

**Herausgeber, V.i.S.d.P**

Dr. Maren Jasper-Winter  
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
liberalcentral@fdp-mitte.de

**Distribution**

700 Stück digital  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
augustin@liberal-central.de

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia Bandow,  
Anno Blissenbach, Ingo Kamps,  
Kurt M. Lehner, Justus Leonhardt,  
Katja v. Maur, Peter Pawlowski,  
Frauke Sander, Henner Schmidt,  
Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**

Agnes Ciuperca, Christopher Gohl,  
Markus Löning, Ellen Madeker,  
Michael Saß

**Leserbriefe**

Gisela Babel, Claudia Bandow,  
Anno Blissenbach

**FDP Berlin-Mitte im Internet**

[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)  
[www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)  
[www.fdp-hackescher-markt.de](http://www.fdp-hackescher-markt.de)  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)  
[www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen  
geben die Meinung ihres Autors  
wieder, nicht die der Redaktion.

# liberal central

ausgabe november 2010



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

immer öfter kann man betrachten, wie die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene – und insbesondere die FDP und ihre Bundestagsfraktion – die wesentlichen Herausforderungen der Nation zielgerichtet angeht. Fiskalische und andere Strukturvereinfachungen für mehr gesamtwirtschaftliche Effizienz, ein effektiver marktbasierter Disziplinierungsrahmen für die Haushaltspolitik der Euro-Länder oder eine intelligente Migrations- und Integrationspolitik stehen ernsthaft und sichtbar auf der Agenda. Die Hoffnung auf klare und konsequente Umsetzung sprießt.

Theatergenuß winkt allen BerlinerInnen, wenn sich im kommenden (Wahl-)Jahr Herr Wowereit und Frau Künast medial um die Liebe des Volkes zanken. Die Liberalen setzen auf ein Werben mit guter Politik: Im Dezember wird unser Bezirksvorstand einen Entwurf zum Bezirks-Wahlprogramm beschließen (alle Interessierten melden sich gerne beim federführenden BVV-Fraktionsvorsitzenden Peter Pawlowski); im Januar wird Alexander Pokorny einen Entwurf für das Landes-Wahlprogramm vorlegen, dessen Inhalt der Verband – unter maßgeblicher Beteiligung unserer Landesvorstandsmitglieder Henner Schmidt und Tim Stuchtey – vorbildlich recherchiert hat.

Den „Caucus“ des Bezirksverbandes mit allen an einer Kandidatur auf den Listen der FDP Mitte Interessierten haben wir vom 02.12. auf den 14.12. verschoben. Über Ihre Teilnahme an dieser Kandidatenvorstellung würden wir uns sehr freuen: Es ist für den Erfolg unserer liberalen Sache wichtig, dass die Mitglieder sich bei der Auswahl unserer Kandidaten für öffentliche Mandate zahlreich und interessiert beteiligen.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Es ist bedauerlich, dass die Union keine  
Linie in der Steuerpolitik hat. Ich empfehle  
unserem Koalitionspartner einfach eine  
Orientierung am Koalitionsvertrag.

Christian Lindner

# Wahlkampfthema Integration im Bezirk Mitte

von Maren Jasper-Winter

Die Integrationspolitik soll im Wahlkampf auf Bezirksebene ein Schwerpunktthema werden – das beschlossen die Delegierten auf dem Bezirksausschuss am 28. Oktober. Der Antrag „Wahlkampf 2011 und Thema Integration in Mitte“ wurde mit großer Zustimmung angenommen. Er stellt klar, dass das Thema im Bezirkswahlprogramm im Vordergrund stehen soll. Hierzu wollen wir die wichtigsten integrationspolitischen Probleme in Mitte erarbeiten und liberale Lösungsansätze zusammenstellen. Alle interessierten Mitglieder sind zusammen mit dem Bezirksvorstand eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.



Inhaltlich begleitet wurde unsere Debatte durch den jüngst vom Landesausschuss beschlossenen Antrag „Chancen eröffnen – Erwartungen aussprechen“. Gut ist, dass wir in diesem Programm eine Vielzahl konkreter Maßnahmen vorschlagen. Denn schließlich ist klar, dass bestehende Integrationsprobleme gelöst werden müssen. Auch die statistisch niedrigeren Bildungsabschlüsse und die höhere Arbeitslosigkeit unter Zuwanderern verlangen Lösungen von der Politik.

Eine besonders wirksame Maßnahme, die in ein liberales Programm passt, ist deshalb die von uns vorgeschlagene Integrationsvereinbarung. Zuwanderer sollen sich in dieser Vereinbarung verpflichten, die deutsche Sprache innerhalb fester Fristen zu erlernen, sicherzustellen, dass ihre Kinder die deutsche Sprache altersgerecht sprechen und die deutschen Gesetze und die Wertordnung des Grundgesetzes zu beachten. Auch sollen sich Zuwanderer auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Trennung von Staat und Religion und Meinungs- und Religionsfreiheit verpflichten. Die Einhaltung der Integrationsvereinbarung soll als Grundlage des Aufenthalts anerkannt werden. Bei Nichteinhaltung der vereinbarten Ziele sollen Sanktionsmaßnahmen greifen.

Im Gegenzug muss sich der Staat dazu verpflichten, für qualifizierte und kostenfreie Sprachlehreangebote zu sorgen, den Kindern der Zuwanderer alle für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn nötigen Maßnahmen und Angebote (Kita, Schule) zu stellen, die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse schnellstmöglich zu prüfen und bei Nichtanerkennung die notwendigen Weiterbildungsmaßnahmen sicher zu stellen und das Erlangen der deutschen an Stelle der bisherigen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen.

Diskussionswürdig sind meines Erachtens weitergehende Forderungen aus dem Integrationsprogramm: So soll es neben einem begrüßenswerten Zuwanderungsgesetz beim Ehegattennachzug Veränderungen geben: Ein Nachzug soll nicht möglich sein, wenn der in Deutschland lebende Ehepartner innerhalb der vergangenen drei Jahre Leistungen der Grundsicherung bezogen hat. Der zuziehende Ehepartner soll fünf Jahre lang keinen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung haben. So richtig der Ansatz sein mag, den „Zuzug in die Sozialsysteme zu stoppen“, wird jedoch mit dieser pauschalen Regelung schwerwiegend in die Familienzusammenführung, die wir ja grundsätzlich ermöglichen wollen, eingegriffen. Und dies ohne jegliche Abstufung. Dies trifft damit auch die Zuwanderer, die wir für Deutschland gewinnen möchten. Auch andere Forderungen geben mir persönlich zu denken: Ist es mit liberalen Grundsätzen noch vereinbar, wenn wir den Schulen ermöglichen wollen, ein Kopftuchverbot für Schülerinnen einzuführen? Und ist es richtig, „Trägerinnen einer Burka, eines Niqab oder andere Personen mit Ganzkörperverschleierung“ von der sozialen Grundsicherung auszuschließen, wenn sie aufgrund ihrer Kleidung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen?

Einige dieser Maßnahmen finden sich in Sarrazins Buch wieder. Aber auch Sarrazin räumt ein, dass man hierfür wahrscheinlich unser Grundgesetz ändern müsste. Ich frage mich nur, ob es ein Anliegen der Liberalen sein kann, unsere Verfassung zu ändern, um diese Eingriffe in die Religionsfreiheit und das Familiengrundrecht zu ermöglichen? Wir Liberalen sollten doch vielmehr darauf achten, dass die Idee der individuellen Freiheit geachtet wird – auf allen Seiten.

Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte

# Grundsatzprogramm-Debatte: Strategische Chance

von Christopher Gohl

Alle zwölf bis 15 Jahre nimmt sich die FDP die Zeit, die langfristigen Grundlinien liberaler Politik in die Zukunft fortzuschreiben: 1971 mit den Freiburger Thesen, 1985 mit dem Liberalen Manifest, 1997 mit den Wiesbadener Grundsätzen für eine liberale Bürgergesellschaft. Der 60. Bundesparteitag hat deshalb im Mai 2009 beschlossen, dass sich die FDP bis zum Bundesparteitag 2012 ein neues Grundsatzprogramm geben soll. Mit der Einsetzung einer Programmkommission hat der FDP-Bundesvorstand Ende Juni 2010 den Beratungsprozess zum neuen FDP-Grundsatzprogramm eröffnet. Während ein Wahlprogramm festlegt, was wir innerhalb der nächsten Legislaturperiode machen wollen, beschreibt unser Grundsatzprogramm das liberale Projekt bis 2030.



Mit der Grundsatzprogramm-Debatte positionieren wir die FDP für die Zukunft: (1.) Wir schaffen öffentliche Aufmerksamkeit für unseren Gesamt-Entwurf liberaler Politik, um verkürzte Wahrnehmungen unseres Politikangebots zu korrigieren. (2.) Wir setzen liberale Politik in ein Verhältnis zu zeitgeschichtlichen Veränderungen, um unseren Anspruch auf Gestaltung der Zukunft mit klaren und konsistenten Argumenten zu begründen. (3.) Wir beteiligen Parteigliederungen, Mitglieder und liberale Bürger ohne Parteibuch am Wettbewerb der liberalen Ideen, um die „Weisheit der Vielen“ für die Programm-Debatte zu nutzen und liberale Diskussionskultur zu stärken. (4.) Wir suchen den Dialog mit Vorfeldorganisationen, Experten und Meinungsmachern, um die liberale Familie zu vergrößern und Allianzen für unsere Anliegen zu bilden. Im Ergebnis stärken wir die FDP als liberale Bürger- und Programmpartei und untermauern unseren Anspruch auf ein starkes Mandat für die Gestaltung der Zukunft.

Die Grundsatzprogramm-Debatte ist ein umfassender, inhaltlich ergebnisoffener Beratungsprozess, an dem Mitglieder, Vorfeldorganisationen, Experten, Bürger und Öffentlichkeit beteiligt sind.

Der Diskussionsprozess bis zur Verabschiedung unseres neuen Grundsatzprogramms 2012 ist ebenso wichtig wie das Grundsatzprogramm selbst. Einerseits macht die Bundespartei Angebote zur Beteiligung – beispielsweise auf Regionalkonferenzen oder im Internet unter [www.chancen-fuer-morgen.de](http://www.chancen-fuer-morgen.de), wo aktuelle Informationen, Debattenforen und Dokumente der Programmdiskussion finden. Andererseits brauchen wir die Initiative der Kreis- und Ortsverbände. Für den OV heißt das: Bitte beteiligen Sie sich selbst an der Debatte, zum Beispiel indem Sie „Deutschland-Salons“ und „Programmwerkstätten“ durchführen oder Empfehlungen für die Programmkommission in Bürgerheften festhalten! Das Thomas-Dehler-Haus hat hierzu Leitfäden entwickelt, die unter [www.chancen-fuer-morgen.de](http://www.chancen-fuer-morgen.de) abrufbar sind. Sie sollen dabei helfen, selbst aktiv zu werden und die Diskussionskultur der FDP zu stärken. Sie geben auch umfassend über Ziele, Themen und Zeitplan des Beratungsprozesses Auskunft.

Die Welt, wie wir sie kennen, hat sich seit dem Beschluss der Wiesbadener Grundsätze 1997 tiefgreifend verändert. Damals war Helmut Kohl noch Bundeskanzler, Norbert Blüm noch Arbeitsminister und Oskar Lafontaine noch Vorsitzender der SPD. Google und Foto-Handys gab es noch nicht, dafür noch fünf Jahre lang die D-Mark. Vier Fragen hat der Bundesvorstand dem Beratungsprozess zur Beantwortung aufgegeben: (1) Zeitgeschichtliche Analyse: In welchen Zeiten leben wir heute – wo ist die Freiheit heute bedroht, wo hat sie Chancen? (2) Ziel: Wo wollen wir hin – wie beschreiben wir unsere Vision einer liberalen Gesellschaft in zeitgemäßen Bildern? (3) Kompass: Welchem inneren Kompass folgen wir in die Zukunft – welche Werte und Prinzipien der Freiheit sind uns besonders wichtig? (4) Handlungsfelder: Wie gestalten wir Markt, Staat und Gesellschaft – welche strategischen und programmatischen Prioritäten müssen wir setzen?

Das 21. Jahrhundert muss ein liberales Jahrhundert werden. Dafür wollen wir jetzt die Weichen stellen.

[Christopher Gohl \(OV OT\)](#) ist Referent der Abteilung Politische Planung, Programm und Analyse im Thomas-Dehler-Haus

# Unsere Partnerschaft mit der Türkei

von Markus Löning

Menschenrechtler, Bürgermeister, Homosexuellen-aktivisten, Abgeordnete, Frauenrechtlerinnen, Journalisten, Minister sind u.a. meine Gesprächspartner gewesen. Eine Woche bin ich in der Türkei unterwegs gewesen, um mir ein Bild zu machen. Alle waren sich in einer Sache einig: Die Türkei ein völlig anderes Land als vor zehn Jahren. Nicht nur die Gesetze auch die gesellschaftliche Realität hat sich drastisch zum Besseren verändert.



Die Demokratie ist unbestritten, das Militär kommt unter politische Kontrolle, die PKK hat ihren Waffenstillstand verlängert, der Präsident erkennt im Parlament an, dass es ein „kurdisches Problem“ gibt, es gibt eine öffentliche Debatte über die Armenierfrage, systematische Folter findet nicht mehr statt, nicht nur in Istanbul findet jedes Jahr eine Gay Pride Demo statt, Kurden, Aleviten und Christen fordern offen ihre Rechte ein. Dazu seit zehn Jahren ein beispielloser Wirtschaftsaufschwung. In den ersten beiden Quartalen hatte nur China noch mehr Wachstum als die Türkei. Während wir uns mit einer verfehlten Integrationsdebatte quälen, wandern unsere qualifizierten Arbeitskräfte in die Türkei ab: Deutschland verliert jedes Jahr 10.000 Hochqualifizierte an die Türkei. Der Wirtschaftsboom schafft neue Universitäten: privat finanziert, international ausgerichtet, zweisprachig in der Ausbildung. Das bietet Chancen für Hunderttausende, die vorher keine Perspektive hatten.

Der Kalte Krieg hatte die Türkei von ihren Nachbarn isoliert. Jetzt verbessert sie Zug um Zug die Beziehungen zu ihren Nachbarn. Visafreiheit und Marköffnung mit Syrien, Verhandlungen mit Armenien, Ausbau der Beziehungen mit den arabischen Ländern und der Beginn einer eigenen Afrikapolitik sind einige dieser Schritte.

Klar ist aber auch: die engsten Beziehungen hat die Türkei mit den USA und der EU, vor allem mit Deutschland. Mit keinem anderen Land sind die Beziehungen so intensiv, wie mit uns. Der wirtschaftliche Austausch, die Zahl der Touristen, die politische Zusammenarbeit und vor allem das große Netz familiärer Verbindungen machen das bilaterale Verhältnis zu etwas besonderem. Das sollten wir pflegen und ausbauen, denn es ist zu unserem großen Vorteil.

Frustrierend ist die konkurrenzlose Stärke von Ministerpräsident Erdogans Partei AKP. Eine Sammlungsbewegung, die vom Wirtschaftsliberalen bis zum frommen Moslem ein breites Spektrum der Gesellschaft vertritt – vor allem diejenigen, die nicht zur alten Elite gehören und denen bisher ein Aufstieg verwehrt war. Erdogans Hang, dringend benötigte Reformen mit Rücksicht auf die Stimmung im Land zu verschieben, verschleppt den nötigen Umbau des Landes. Eine ernstzunehmende Opposition, die ihn unter Druck setzt, fehlt.

Dabei gibt es Baustellen: Die Vielfalt des Landes spiegelt sich nicht in kodifizierten Rechten für die Minderheiten. Was in Deutschland für die türkischen Christen diskutiert wird gilt genauso für andere religiöse, kulturelle oder gesellschaftliche Minderheiten. Der Zustand der Justiz ist beklagenswert. Staatsanwaltschaft und Gerichte leisten qualitativ unzureichende Arbeit, die Unabhängigkeit der Richter vor sozialem oder politischen Druck ist oft nicht gegeben, es kommt immer wieder zu Verfahren mit politischen Motivationen. Die zahlreichen Gesetzesreformen sind noch nicht in der Praxis angekommen. Am Schlimmsten ist es aber um die Pressefreiheit bestellt, der einzige Bereich, in dem sich die Situation verschlechtert hat. Abhängigkeit der Medienkonzerne von Staatsaufträgen, Verfahren gegen Journalisten, Entlassungen und unerträgliche Rhetorik des Premierministers lassen Kritik an der Regierung immer leiser werden.

Es gibt also noch einiges zu tun. Unsere Interessenlage ist klar. Wir brauchen den aufstrebenden, dynamischen Partner Türkei. Also: loben wir die Fortschritte, machen wir Druck zur Fortsetzung der Reformen und sagen wir klar, dass wir zur EU-Beitrittsperspektive stehen. Pacta sunt servanda.

Markus Löning (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung



Zum Thema

## Furchtlos im Kampf für die Demokratie

von Ellen Madeker



Der Tigerstaat Malaysia steht gemeinhin für Fortschritt und Wachstum in Südostasien. Doch um Demokratie und Menschenrechte ist es dort nicht gut bestellt. In Berlin und Brüssel berichtete der malaysische Oppositionsführer Anwar Ibrahim von fehlenden Grundfreiheiten und regierungstreuen Medien in seinem Land. Weltweit hat Anwar bereits mit flammende Plädoyers für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie von sich reden gemacht. Das ist mutig und verdient größten Respekt. Weil die malaysische Justiz im Zweifelsfall als Handlanger der Exekutive agiert, laufen Oppositionelle wie er Gefahr, unschuldig verurteilt zu werden.

Anwar selbst war 1999, damals noch Vizepremier, Opfer dieses Systems geworden. Er hatte öffentlich demokratische Reformen gefordert und damit eine Massenbewegung angestoßen, die Hunderttausende auf die Straße brachte und unter dem Namen „Reformasi“ in die Geschichtsbücher einging. Mithilfe der Justiz fand der autoritär regierende Premier Mahatir einen Weg, seinen Gegner auszuschalten: Anwar wurde wegen angeblich praktizierten homosexuellen Geschlechtsverkehrs zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Nach sechs Jahren kam der heute 63-jährige frei und hat nichts von seiner Kraft und seinem Charisma eingebüßt. Anwar ist zurück auf der politischen Bühne und hat so viele Anhänger wie nie zuvor.

Anwar selbst war 1999, damals noch Vizepremier, Opfer dieses Systems geworden. Er hatte öffentlich demokratische Reformen gefordert und damit eine Massenbewegung angestoßen, die Hunderttausende auf die Straße brachte und unter dem Namen „Reformasi“ in die Geschichtsbücher einging. Mithilfe der Justiz fand der autoritär regierende Premier Mahatir einen Weg, seinen Gegner auszuschalten: Anwar wurde wegen angeblich praktizierten homosexuellen Geschlechtsverkehrs zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Nach sechs Jahren kam der heute 63-jährige frei und hat nichts von seiner Kraft und seinem Charisma eingebüßt. Anwar ist zurück auf der politischen Bühne und hat so viele Anhänger wie nie zuvor.

Dies könnte ihm nun ein zweites Mal zum Verhängnis werden. Der Komplott von damals scheint sich auf bizarre Weise zu wiederholen, denn unter dem Schlagwort „Sodomy II“ wird Anwar mit denselben Unterstellungen konfrontiert wie vor zehn Jahren. Die mediale Schlammschlacht ist im Gange, die Gerichtsverhandlungen laufen. Anwar gibt sich furchtlos: „Entscheidend ist doch, ob unsere Machthaber Freiheit und Demokratie leben und den Rechtsstaat respektieren. Tun sie dies nicht, so ist es an uns dafür zu sorgen, dass diese Werte in der politischen Praxis gelebt werden. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.“

Dr. Ellen Madeker, Programme Director beim Dialogprogramm Brüssel der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Zum Thema

## Versöhnen statt Spalten – Chancen statt Sanktionen

von Agnes Ciuperca



In Berlin ebenso wie im Rest Deutschlands gibt es Probleme bei der Integration. Und ja, wir müssen Integration nicht nur fördern, sondern auch fordern. Hier hat Politik die Verantwortung Lösungen anzubieten, so

wie sie die Pflicht hat, Gesellschaftsteile miteinander zu versöhnen. Es ist zu kurz gegriffen, immer nur eine Gruppe von Migranten als Beispiel für misslungene Integration zu nennen. Integration hat viele Facetten: Nicht nur ist es eine sprachliche und kulturelle Annäherung, es ist auch eine soziale und gesellschaftliche Teilhabe. Betrachtet man die einzelnen Dimensionen, dann fällt schnell auf, dass viele deutsche Familien, was die soziale und gesellschaftliche Teilhabe angeht, ebenso wenig integriert sind. Auch das wird in der Großstadt Berlin besonders deutlich. Auf der anderen Seite haben es viele Migranten geschafft, in Deutschland ihr Leben erfolgreich zu gestalten – Vietnamesen, Iraner, Rumänen. Warum? Weil sie sie die Chancen ergriffen haben, die dieses Land bietet, und den Weg über Bildung und Qualifikation gewählt und gefunden haben.

Wir stehen für eine liberale Bürgergesellschaft, in der jeder Einzelne das Recht und die Möglichkeit haben sollte, sich selbst zu entfalten und sein Glück zu suchen. Gleichzeitig sind Sprachkenntnisse und die freiheitliche Grundordnung das Fundament unseres Zusammenlebens. Wir stehen nicht für „Law and Order“ und „Zwangsbeglückung“ – wir zählen auf den mündigen Bürger und auf das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen. Wir müssen aber auch transportieren: Deutschland ist attraktiv! Die Möglichkeiten zur Entfaltung sind gegeben, auch wenn sie manchmal komplex sind und viele sozial schwache Familien den Zugang nicht auf Anhieb finden, besonders dann, wenn die Sprach- und Gesellschaftskenntnisse fehlen. Die Aufgabe, die vor uns liegt, ist das Wort Chancengleichheit mit Leben zu füllen und mit einem positiven Gesellschaftsbild Integrationsanreize zu schaffen.

Agnes Ciuperca ist Stellv. Vorsitzende des OV Hackescher Markt

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Wasserbetriebe, Flugrouten, Winterdienst

von Henner Schmidt



Alle reden wieder über Wasser, seitdem die taz die Verträge zur stümperhaften (Teil)privatisierung der Wasserbetriebe veröffentlicht hat. Die FDP-Fraktion stellt klar, dass es der CDU-SPD Senat war, der ohne Rücksicht auf Interessen der

Bürger die Einnahmen für den Senat optimierte und dafür eine teure und absurde Konstruktion schuf. Wir machen genauso deutlich, dass der rot-rote Senat die Chancen nicht genutzt hat, Verträge nachzuverhandeln und als Eigentümer immer mehr Geld aus den Wasserbetrieben zieht. Senator Wolf hat dabei einen Interessenkonflikt, denn er ist Herr der Landeskartellaufsicht, genehmigt die Wassergebühren und sitzt bei den Wasserbetrieben im Aufsichtsrat.

Der Südwesten und Südosten sind stärker durch die Flugrouten von BBI betroffen als bisher bekannt war. Das wusste der Senat schon lange, vielleicht schon zu schwarz-roten Zeiten. Die FDP-Fraktion wird die Anwohner unterstützen, den Fluglärm möglichst zu reduzieren und Flugrouten anzupassen. Im Gegensatz zum Populismus der CDU wollen wir aber weder jede Flugbewegung über Berlin verbieten noch die Inbetriebnahme von BBI in Frage stellen, handelt es sich doch um die wohl wichtigste Investition der Stadt.

Im März konnten CDU und Grüne nicht laut genug über den mangelhaften Winterdienst lamentieren und schlugen einen bunten wirren Strauß von Maßnahmen zur Eisbeseitigung vor. Jetzt entdecken sie plötzlich, dass das viel Geld kostet und vertreten allen Ernstes die Position, alles könne doch so bleiben wie es ist. Parallel dazu legt Rot-Rot einen Gesetzentwurf vor, der deutlich über das Ziel hinausschießt und die Maßnahmen für den Ausnahmewinter zum Standard macht. Wir Liberalen haben dagegen eine pragmatische Meinung: Mit kleinen Korrekturen an der Rechtslage (z.B. Räumung von Bushaltestellen durch die BSR, Sanktionen für Dienstleister, die nicht räumen) wollen wir das Chaos des letzten Jahres verhindern und gleichzeitig dafür sorgen, dass der Winterdienst bezahlbar bleibt.

Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt) vertritt den Bezirk Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist Beisitzer im FDP-Landesvorstand

Aus der Landespartei

## Im Herbst 2011 einen schweren Wahlkampf zu bestreiten

von Tim Stuchtey



Die Regionalkonferenzen waren keine „Rally to Restore Sanity“, wie sie Jon Stewart dieser Tage in Washington durchgeführt hat. Trotzdem waren Sie ein Ventil, um den Unmut der lokalen Parteioberen über die ungenügenden Leistungen der Bundesregierung loszuwerden. Auch einige Berliner Parteifreunde haben die Chance genutzt und haben der Parteiführung die Stimmung der Parteibasis wiedergegeben, die im kommenden Herbst einen schweren Wahlkampf zu bestreiten haben. Die Stimmung bei diesen Konferenzen, aber auch in der Bundestagsfraktion und im Bundesvorstand waren natürlich Thema einer Aussprache im Landesvorstand.

Daneben galt es den Landesausschuss vorzubereiten, in dessen Mittelpunkt der Antrag der Abgeordnetenhausfraktion zur Integrationspolitik stand. Genau wie später im Landesausschuss gab es auch hier Zweifel, ob die Tonation des Antrags und einzelne Forderungen geeignet sind, jene Menschen für unser Land zu gewinnen, auf dessen Einwanderung wir schon heute angewiesen sind, wenn der erreichte Wohlstand unserer Gesellschaft auch in Zukunft noch beibehalten werden soll. Die Fraktion hatte sich hier bereits festgelegt und hat damit offensichtlich auch den Nerv der Delegierten getroffen. Schließlich wurde der Antrag trotz einiger Versuche, die Perspektive der internationalen Leistungseliten stärker zu berücksichtigen, ohne wesentliche Änderungen angenommen. Allerdings haben die Delegierten in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft eine andere Mehrheitsmeinung vertreten. Diese soll auch in Zukunft noch möglich sein. Wer deutschstämmige Freunde oder Familie im Ausland hat, der weiß, wie wichtig dies für solche Menschen häufig ist, wenn Sie ihre Wurzeln nicht völlig aufgeben wollen. Und so können auch meine Deutsch-Amerikanischen Freunde in Zukunft auf der Washington Mall für mehr Vernunft im Parlamentssystem ihrer neuen Heimat demonstrieren und beim Fußball weiter der deutschen Nationalmannschaft die Daumen drücken.

Daneben galt es den Landesausschuss vorzubereiten, in dessen Mittelpunkt der Antrag der Abgeordnetenhausfraktion zur Integrationspolitik stand. Genau wie später im Landesausschuss gab es auch hier Zweifel, ob die Tonation des Antrags und einzelne Forderungen geeignet sind, jene Menschen für unser Land zu gewinnen, auf dessen Einwanderung wir schon heute angewiesen sind, wenn der erreichte Wohlstand unserer Gesellschaft auch in Zukunft noch beibehalten werden soll. Die Fraktion hatte sich hier bereits festgelegt und hat damit offensichtlich auch den Nerv der Delegierten getroffen. Schließlich wurde der Antrag trotz einiger Versuche, die Perspektive der internationalen Leistungseliten stärker zu berücksichtigen, ohne wesentliche Änderungen angenommen. Allerdings haben die Delegierten in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft eine andere Mehrheitsmeinung vertreten. Diese soll auch in Zukunft noch möglich sein. Wer deutschstämmige Freunde oder Familie im Ausland hat, der weiß, wie wichtig dies für solche Menschen häufig ist, wenn Sie ihre Wurzeln nicht völlig aufgeben wollen. Und so können auch meine Deutsch-Amerikanischen Freunde in Zukunft auf der Washington Mall für mehr Vernunft im Parlamentssystem ihrer neuen Heimat demonstrieren und beim Fußball weiter der deutschen Nationalmannschaft die Daumen drücken.

Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer im FDP-Landesvorstand

Aus der BVV-Fraktion

## 2011- eine Herausforderung für die Fraktion

von Peter Pawlowski, Fraktionsvorsitzender

Es ist nicht einfach in diesen Tagen ein Liberaler zu sein. In Meinungsumfragen steht die FDP nach wie vor schlecht da. Unsere politischen Wettbewerber sagen den Liberalen einen baldigen Untergang voraus. Umso wichtiger ist es, in solchen Momenten auf die erfolgreiche Arbeit der Abgeordneten und Bezirksverordneten zurückzublicken. Die FDP-Fraktion in Mitte zieht eine positive Bilanz ihrer Arbeit der letzten Jahre. Von allen Fraktionen in der BVV ist FDP die kleinste. Trotzdem haben wir dank unermüdlichem Engagement von Peter Lundkowski für die Schülerinnen und Schüler in Mitte Vieles erreicht. Willkürliche Schulschließungen und Zusammenlegungen konnten verhindert bzw. deren Folgen für die Lehrer und Schüler gemildert werden. Das Bezirksamt muss bei allen Schulentscheidungen pädagogische und soziale Aspekte berücksichtigen. Im Bereich bezirklicher Gesundheitspolitik konnte Frauke Sander mehrmals buchstäblich den Finger in die Wunde legen und hat somit z.B. für leichteren Zugang der Sehbehinderten zu den Ämtern gesorgt und die Verlegung der AIDS-Beratungsstelle verhindert. Bei Instandsetzungsmaßnahmen im Hansaviertel, der Ausarbeitung eines neuen Konzeptes für die Arminiusshalle, der Bebauung des Paech-Brot-Areals und der Erweiterung des Mauerparks hat die FDP eine wesentliche Rolle gespielt. Bei allen diesen Aktivitäten hat die Fraktion nie den direkten Kontakt zu den Bürgern von Mitte aus dem Auge verloren. Es gab kaum eine Sitzung des Stadteilplenums Moabit, an der unser Bürgerdeputierter Debasish Bhaduri nicht aktiv beteiligt gewesen wäre. Salonpolitik und Sonntagsreden sind nicht unser Ding. Für Bürger da zu sein und deren Sorgen aufzugreifen ist das Motto unserer Arbeit. Nun gilt es, das schwer erarbeitete Vertrauen der Bürger auszubauen. Die Fraktion wird sich den Anwohnern im nächsten Jahr neu präsentieren. Beginnend mit der Überarbeitung unserer Homepage bis hin zu stärkeren Pressekontakten, wollen wir unsere mediale Präsenz verbessern. In kommenden Wochen wird die Fraktion den ersten Entwurf für das kommunale Wahlprogramm liefern. Knapp, prägnant und zielorientiert soll das Programm für 2011 sein. Von Untergangsstimmung ist in der FDP-Fraktion nichts zu spüren. Wer gute Arbeit geleistet hat, braucht sich von Hiobsbotschaften der Medienmacher und politischer Konkurrenten nicht zu beeindrucken!

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1-3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363; Bürozeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

Bezirksausschuss

## Bezirksausschuss diskutiert Integrationspolitik

von Kurt M. Lehner, Sprecher des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss diskutierte am 28. Oktober auf seiner letzten ordentlichen Sitzung im Jahr schwerpunktmäßig die Integrationspolitik. Dabei stand zunächst einmal das vom Landesausschuß beschlossene, ebenso detaillierte wie pointierte Papier im Mittelpunkt. In einem zweiten Durchgang beriet und beschloß der BA einen von Jan Losemann eingebrachten Antrag, mit dem die Umsetzung dieses papiertes auf Bezirksebene gefordert wurde. Bezirksvorstand und BVV-Fraktion sind aufgefordert, hierzu Vorschläge zu machen und sie auch in das Bezirks-Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2011 einfließen zu lassen. Ein weiterer Antrag, den Henner Schmidt begründete, setzte sich mit dem Neubauvorhaben Bundesinnenministerium auseinander. Der BA machte sich die Forderung zu eigen, die vorhandenen gastronomischen Einrichtungen nicht zu gefährden und vor allem für eine vernünftige Verkehrsanbindung sowie Durchwegung für Fußgänger und Radfahrer in der Nachbarschaft zu sorgen. Peter Lundkowski berichtete zudem aus der BVV-Fraktion. Der BA-Sprecher bat um die Berücksichtigung der auf dem letzten BA gefaßten Beschlüsse. Die Arbeit der dreiköpfigen, von Peter Pawlowski geführten Fraktion wurde mit langanhaltendem Beifall der BA-Delegierten gewürdigt.

OV Gendarmenmarkt

## Jahresendpurt

von Ingo Kamps, Redakteur des OV

Auch wenn sich das Jahr 2010 demnächst schon wieder dem Ende zuneigt, gilt für den Ortsverband Gendarmenmarkt auch weiterhin „nicht kleckern, klotzen“. Besonders interessant verspricht dabei die nächste Veranstaltung zu werden: Am 18. November um 19.30 Uhr veranstaltet der OV Gendarmenmarkt im Abgeordnetenhaus von Berlin die Diskussionsrunde „Integration zwischen Freiheit und Zwang“.



Das Thema hat natürlich nicht zuletzt durch die Diskussionen der letzten Wochen an Brisanz gewonnen. Dem wollen wir mit einer unideologischen Diskussion Rechnung tragen. Schon kurz danach, nämlich am 24. November, schließt sich der letzte Stammtisch dieses Jahres an. Traditionell wird hingegen der Jahresausklang: Auf der mittlerweile legendären Weihnachtsfeier des OV werden im Marriott Courtyard in Berlin-Mitte einmal mehr Gans und Klöße gereicht. Und die Gesprächsthemen scheinen durch das bundespolitisch turbulente Jahr ebenfalls schon vorgezeichnet.

OV Hackescher Markt

## Zukunft denken

von Anno Blissenbach, Redakteur des OV

Zu einer Mitgliederversammlung anderer Art hatte OV-Vorsitzender Burkhard Grell für den 01.11.2010 geladen: Zum Thema „Zukunft denken!“ waren OV-Mitglieder und Gäste aufgerufen, aktiv Ihre politischen und philosophischen Ideen einzubringen. Auf einen Referenten wurde bewusst verzichtet; Moderation: OV-Mitglied Frank Alva Buecheler (freischaffender Theater-Regisseur / Produzent). Nach vielfältigem und spannenden Gesprächsverlauf, bei dem Jede/eigene Sichtweisen bzw. konkrete Aktivitäten darlegen konnte, zog Burkhard Grell die Bilanz, es gebe zwei unterschiedliche Grundansätze: einerseits den Weg eigenen bürgerschaftlichen Zukunftsengagements, welches in Summe im Idealfall eine von „unten“ kommende Grundströmung ausmachen kann, andererseits den Weg, Zukunftskonzepte mittels regierungsinhärenter Gestaltungskraft von „oben“ umzusetzen; In Deutschland/EU per parlamentarischer Demokratie, in autoritären Staaten (oft „effizienter“) ohne deren Hürden.

OV Tiergarten

## Kommunikativer Herbst

von Michael Saß, Vorsitzender des OV

Mit drei hochkarätigen Veranstaltungen hat der OV Tiergarten seinen „kommunikativen Herbst“ fortgesetzt. Im Mittelpunkt stand das Ziel, den Dialog mit Mitgliedern und Bürgern über die Arbeit der FDP deutlich zu intensivieren. Am 27.10. diskutierte Serkan Tören, Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Integrationspolitik, mit den Mitgliedern und Gästen über Chancen und Problemfelder der Integrationspolitik sowie die Notwendigkeit einer gesteuerten Zuwanderung.

Am 31.10. war Lars Lindemann, MdB aus Berlin und Schatzmeister des Landesverbandes, zu Gast beim „Politischen Brunch“ und berichtete aus erster Hand von der Herausforderung, liberale Politik in der Koalition mit der Union durchzusetzen und sichtbar zu machen. Primär auf den Dialog mit den Wählerinnen und Wählern ausgerichtet war schließlich die „offene Bürgersprechstunde“ der FDP Tiergarten am 02.11. Bei dieser Veranstaltung mit dem Charakter eines „town hall meetings“ standen den Bürgerinnen und Bürgern mit Dr. Martin Lindner MdB, Henner Schmidt MdA und Peter Pawlowski, dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion in der BVV Mitte, drei liberale Parlamentarier Rede und Antwort. Im Vorfeld hatte die FDP Tiergarten mit mehreren Infoständen, mit über 3.000 von den Mitgliedern an Haushalte verteilten Einladungsflyern und einer Zeitungsanzeige intensiv für die Veranstaltung geworben. Für 2011 ist mit einer Fortsetzung dieses Veranstaltungsformats zu rechnen.

JuLis Mitte

## Liberaler Ordnungspolitik für den Finanzmarkt

von Justus Leonhard, Vorsitzender

Für die Antragsberatungen zum Leit Antrag „Liberaler Ordnungspolitik für den Finanzmarkt“ auf dem Bundeskongress der Jungen Liberalen waren die JuLis Mitte bestens gerüstet: 24 Änderungsanträge haben die Teilnehmer unseres Seminars „Liberalismus in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise“ erarbeitet und wurden im Namen der JuLis Berlin eingereicht. Über 30 Interessierte kamen am 06.11. ins Walter-Scheel-Zentrum, um an der Veranstaltung teilzunehmen (geplant und durchgeführt gemeinsam mit den JuLis aus Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln sowie Wuhletal). Wir sind stolz und dankbar, dass wir mit Florian Toncar und Björn Säger, der für seinen Vortrag extra aus Kassel anreiste, zwei Bundestagsabgeordnete als Referenten gewinnen konnten. Auch Markus Becker-Melching vom Bundesverband Deutscher Banken konnte durch seinen Vortrag den Verlauf und die Komplexität der Finanzkrise sehr gut veranschaulichen. Im letzten Teil der Veranstaltung wurde schließlich, vorbereitet und moderiert von unserem Schatzmeister Christian Ebertz und Sören Brodersen (Vorsitzender JuLis Wuhletal) der Leit Antrag zum BuKo unter die Lupe genommen. Unbeeindruckt von der fortschreitenden Uhrzeit wurde bis in die Abendstunden am Antrag gearbeitet.

## Personalien

(au) Dreißig Jahre Junge Liberale konnte unsere Jugendorganisation auf ihrem Jubiläums-Bundeskongress in Berlin feiern, welchen traditionell der Vorsitzende des gastgebenden Landesverbandes, **David Issmer** (Gendarmenmarkt), eröffnete. Tagungspräsident **Johannes Vogel** MdB (NRW), assistiert von Issmer-Vorgängerin **Daniela Langer** (Pankow), und der JuLi-Bundesvorsitzende **Lasse Becker** (Hessen) konnten sich bei vorzüglicher Stimmung über eine Rekordzahl von 700 Besuchern freuen, unter welchen die Berliner (einziger Landesverband mit weiblicher Mehrheit) stark vertreten waren; dynamisch vertreten auch die JuLis aus Mitte um ihren Vorsitzenden **Justus Leonhard** (OT). Die Berliner ließen es sich dabei nicht nehmen, dem Gastredner und Vorsitzenden der Jungen Union, **Philipp Missfelder** MdB, einen Halloween-Kürbis zu überreichen, nachdem dieser sich kürzlich gegen kulturfremde Halloween-Feiern in Deutschland ausgesprochen hatte. Am Samstag wurde der Leitantrag zur Finanzmarktordnung diskutiert und beschlossen, welchen sich die Berliner unter der Führung von Programmatikerin **Franziska Schubert** umfänglich mitgestaltet hatten. Der Samstagabend sah sodann die klassische BuKo-Party (diesmal inklusive Empfang der FDP-Bundestagsfraktion) mit nicht weniger als 600 Partygelaunten – unter ihnen auch **Alexandra Thein** MEP (Steglitz-Zehlendorf) – bis drei Uhr früh. Am Sonntag wurden die Feierlichkeiten dann offizieller: Der FDP-Bundesvorsitzende und Bundesaußenminister **Guido Westerwelle**, Bundesminister **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**, **Philipp Rösler** und **Dirk Niebel**, die Vorsitzende der Bundestagsfraktion **Birgit Homburger**, FDP-Generalsekretär **Christian Lindner** und andere, darunter fast alle ehemaligen JuLi-Bundesvorsitzenden, taten ihre Anerkennung dafür kund, dass seit dreißig Jahren junge Menschen in Deutschland freiheitlich-liberale Politik organisieren und bewerben. Die Stimmung der drei Tage fasst exklusiv für LC David Issmer zusammen: „Große Klasse.“

(au) Unermüdlich in ihrem Engagement für eine bessere Zukunft für die Menschen im Orient ist weiterhin die deutsch-iranische Soziologin und Publizistin **Saba Farzan** (OV Wedding). Allein in der letzten Oktoberwoche organisierte und moderierte sie etwa zwei Podien in Berlin, erst unter dem Banner der Berliner DGLI-Sektion und der Friedrich-Naumamm-Stiftung zum Verhältnis der Medien zur Außenpolitik mit **Malte Lehming** und **Richard Herzinger**, sodann für das Middle East Freedom Forum zu „Islam, Islamismus und der Westen“ mit **Daniel Pipes** und **Jörg Lau**.

(au) In 2010 hatte die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand zu ihrem Mittelstandstag nach Berlin geladen, und der Verbandsvorsitzende **Heinrich Kolb** MdB konnte auf der von dem Bundesgeschäftsführer **Friedo Terfort** organisierten Veranstaltung neben leidenschaftlichen Grußwort des Mittelstandsbeauftragten unserer Bundesregierung, **Ernst Burgbacher** MdB, so manche Berliner präsentieren: Unsere Europaabgeordnete **Alexandra Thein** MEP (Steglitz-Zehlendorf) stellte das engagierte Wirken der Liberalen in Brüssel und Straßburg für eine mittelstandsfreundliche Politik dar, diskutierte später gemeinsam mit u.a. **Sylvia von Stieglitz** MdA (Steglitz-Zehlendorf) auf einem Podium zum Thema „Unternehmensgründung“, welches wie auch der weitere Panel des Tages von **Andreas Hinterhäuser** (Tempelhof-Schöneberg) moderiert wurde. Aus unserem BV Mitte waren **Anno Blissenbach** (Hackescher Markt), Mitglied im Vorstand des Bundesvorstandes des Liberalen Mittelstandes wie auch seines Berliner Landesverbandes, ferner FDP-Bezirksvorständler **Nils Augustin** (Hackescher Markt) und **Hartmut Bade** (Wedding) vor Ort. Am Abend des Tages – der in dem oft wiederholten Zitat von Professor **Sven Ripsas**, „Entrepreneurship is an attitude“, sein Motto fand – konnten die Veranstaltungsteilnehmer dann einen gelungenen Empfang der FDP-Fraktionen in Berliner Abgeordnetenhaus und in Brandenburger Landtag genießen. Kolb und die beiden gastgebenden liberalen Fraktionsvorsitzenden **Christoph Meyer** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf) und **Andreas Büttner** MdL (Brandenburg) verkürzten mit kurzweiligen Ansprachen die Zeit bis zur Eröffnung der Buffets, wo neben weiten Teilen der AGH-Fraktion und unseres Landesvorstandes aus der Mitgliedschaft des BV Mitte auch Landesvorständler **Christian Platzer** (OT) gesehen wurde.

(au) Stiftungsgründerin **Halima Alaiyan** hat 2010 den Bürgerinnenpreis der FDP, die Liberta, erhalten. Laudator **Christian Lindner**, FDP-Generalsekretär, lobte die aus Palästina stammende Alaiyan, die eine bewegende Biographie vorzuweisen habe, sie sei „eine zupackende Realistin“, welche mit viel Engagement die Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinensern vorantreibe. Die Liberta-Initiatorin, Staatssekretärin **Cornelia Pieper**, betonte, Politik sei „viel zu wichtig, um sie den Männern zu überlassen.“ Die Liberta stelle daher den eigenverantwortlichen Lebensweg der Frauen in Politik, Wirtschaft und vor allem der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt. Zugleich bedauerte sie den Tod der Vorjahrespreisträgerin, **Kirsten Heisig**, und würdigte die Berliner Jugendrichterin nachdrücklich für ihr Engagement.

## Leserbriefe

Gisela Babel (LV Hessen)

Lieber Herr Augustin, Ihre letzte Ausgabe von „liberal central“ habe ich genau und mit Interesse gelesen. Viele Artikel sind gut und gut formuliert. Was mir fehlt, ist eine viel schärfere Auseinandersetzung mit den Grünen. Sie bedeutet für mich die größte Bedrohung der Freiheit, der Wirtschaftsordnung, der Handlungsfreiheit der Bürger. Wir sind auf dem Weg in die Ökodiktatur. An vielen Beispielen läßt sich das belegen. Vergleichen Sie Wissing in der FAZ zum Begriff Wachstum. Ein Tipp: besorgen Sie sich die Kolumne von Günther Ederer, die wöchentlich in der Fuldaer Zeitung erscheint. Titel: Was würde Ludwig Erhardt dazu sagen. Die CDU bewegt sich in die falsche Richtung, die SPD schon lange. Da bleibt doch als scharf-argumentierende Gegenkraft nur die FDP.

Anno Blissenbach (OV Hackescher Markt)

Kürzlich konnte ich im Atrium des Kommunikationsmuseums mit journalistischem Interesse verfolgen, wie das personelle Aushängeschild der parteipolitischen Konkurrenz Berlins Zukunft denkt. In den emotional-rhetorisch professionell vorgetragenen Redetext, mit dem Renate Künast ihre Kandidatur zur Regierenden Bürgermeisterin erklärte, war das Motto: „Eine (Stadt) für Alle“ vielfältig eingearbeitet worden, womit sich die Frage: „Volkspartei“, „Zwangsbeglückung“ oder lediglich „Werbe-Slogan“ stellte. Zur Finanzierung der körbeweise versprochenen Wohltaten rief sie aus: „Ja, Wirtschaft in Berlin ist gewünscht.“ Vertrauenserweckend klang das nicht.

Claudia Bandow (OV Wedding)

Vor allem die Berlinerinnen und Berliner erwarten nach einer so langen Zweigleisigkeit unserer Ministerien eine kostensparende Lösung. Auch wenn unser Außenminister Herr Dr. Westerwelle wieder die Lanze für Bonn gebrochen hat, so sollte er sich darüber im Klaren sein, dass die Akzeptanz der Bürger aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation, die wir immer noch nicht ganz hinter uns gelassen haben (immer noch zu niedrige Löhne, Kassenzusatzbeiträge etc.) nicht mehr vorhanden ist. Wollen wir hoffen, dass die nun kommenden Tage der Besinnlichkeit dazu führen werden, die Einsichtigkeit zu fördern. Herr zu Guttenberg hat bereits begriffen, wie es geht.

Wir freuen uns über Post.

Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
[redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de)

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

## Schlusswort

# Weglaufen gilt nicht

von Ingo Kamps



Wenn man sich die letzten Monate vor Augen führt, kann man das Gefühl bekommen, dass eine Wahl für die Dauer der Legislaturperiode inzwischen den gleichen Wert hat, wie die Laufzeit eines Bundesligaspielervertrags. Angefangen mit Bundespräsident Horst Köhler, entschied sich eine ganze Reihe von Spitzenpolitikern zum Teil sehr plötzlich für den politischen Ruhestand. Auch vor unserer Partei hat dieser Trend nicht halt gemacht: Mit Prof. Andreas Pinkwart in Nordrhein-Westfalen und Christoph Hartmann aus dem Saarland demissionierten erst kürzlich zwei prominente Liberale, ohne dass sich der Abschied schon für lange Zeit angekündigt hatte.

Auch wenn sich auf der anderen Seite viele Politiker schnell dem Verdacht aussetzen, an ihrem Amt zu kleben, kann das andere Extrem nicht die Alternative sein. Es ist erforderlich, ein verheerendes Signal zu vermeiden - nämlich dass Politiker mit den heutigen Problemen überfordert sind und sich bei Gegenwind einfach aus dem Staub machen. Es mag in fast jedem Einzelfall gute Gründe für den Rücktritt geben. Wenn sich ein Politiker aber für ein Amt bewirbt, darf der Wähler selbstverständlich davon ausgehen, dass der Kandidat die Anforderungen an den Posten kennt und den damit verbundenen Druck aushält.

An dieser Stelle darf dann auch mal eine Lanze für den Parteichef Dr. Guido Westerwelle gebrochen werden, der trotz aller berechtigten Kritik nicht den schnellsten Weg ins Altenteil gesucht hat. In diesem Fall wäre vielen das Verständnis wahrscheinlich sogar leichter gefallen als bei den anderen Beispielen. Auch wenn ich mich nicht davon ausnehmen möchte, anfänglich ebenfalls den sofortigen Wechsel an der Spitze zu befürworten, finde ich einen Verbleib des Parteivorsitzenden mit der veranlassten Verantwortungsübertragung auf mehr Schultern richtig. Es gilt nun also wieder, sich hinter dem Parteivorsitzenden zu versammeln und den Bürger wieder von der Richtigkeit liberaler Politik zu überzeugen; und natürlich den neuen Führungsspitzen im Saarland und Nordrhein-Westfalen viel Glück und Durchhaltewillen zu wünschen.

Ingo Kamps ist Redakteur des OV Gendarmenmarkt bei LC

## Termine

### November 2010

- 18.11. 19.30 h OV Gendarmenmarkt: **Diskussionsabend** zum Thema „Integration zwischen Freiheit und Zwang“ im Abgeordnetenhaus von Berlin (Niederkirchnerstr. 5), Raum 304
- 20.11. 19.30 h LV Berlin: **Landesausschuss** – Info [www.fdp-berlin.de](http://www.fdp-berlin.de)
- 24.11. 19.30 h OV Hackescher Markt & OV Wedding: **Informations- und Diskussionsveranstaltung** zum Thema „Die Rolle des Iran im Mittleren Osten - welche Politik gegenüber dem Regime im Iran?“ mit Dr. Rainer Stinner MdB und Saba Farzan im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 24.11. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 25.11. 19.30 h FNF: **Podiumsdiskussion** „Mit weniger Geld mehr Kunst - wie das Theater im 21. Jahrhundert funktioniert“ – mit Frank Alva Buecheler, Reiner Deutschmann MdB, Samuel Schwarz, Thomas Sutter, Ronny Uganz – in der Theologischen Fakultät der HU (Burgstr. 26), Raum 013
- 26.11. 09.30 h FNF: **Podiumsdiskussion** „ASEAN: Menschenrechte und wirtschaftliche Freiheit“ – mit Markus Löning, Dr. Rainer Stinner MdB u.a. – Humboldt-Carée (Behrenstr. 42)
- 28.11. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** – Info [www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)

### Dezember 2010

- 06.12. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Weihnachtliche Mitgliederversammlung** – mit Markus Löning, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung – im Simon (Auguststr. 53)
- 07.12. 19.30 h FNF: **Podiumsdiskussion** „Sind Frauen feige? Wie gleichberechtigt sind wir heute und was ist der Beitrag der Politik?“ – mit Prof. Bascha Mika, Prof. Dr. Ulrike Detmers, Jan Fleischhauer, Mieke Senftleben MdA, Dr. Frauke Jung-Lindemann – Magnus Haus (Am Kupfergraben 7)
- 07.12. 20.00 h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 08.12. 19.30 h OV Tiergarten: **Vorstand u.a.** im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1), Raum 505
- 08.12. 20.00 h Liberale Frauen Berlin: **Weihnachtsfeier** im Simon (Auguststr. 53)
- 09.12. 10.00 h FDP-Bundestagsfraktion: **Integrationskongress** – Info [hartmanns@fdp-bundestag.de](mailto:hartmanns@fdp-bundestag.de)
- 09.12. 19.00 h OV Wedding: **Weihnachtsfeier** in der Osteria da Pino (Wildenowstr. 12)
- 09.12. 19.30 h OV Oranienburger Tor: **Diskussion** zur „Zukunft der Bundeswehr“ – mit Hellmut Königshaus, Wehrbeauftragter des Bundestages – im Thomas-Dehler-Haus (Reinhardtstr. 14)
- 10.12. 19.00 h BV Mitte: **Podiumsdiskussion** zum Thema „Wettbewerb in der Wasserwirtschaft - Rolle rückwärts durch Rekommunalisierung?“ – mit Reinhold Hüls (Veolia), Prof. Hans-Peter Schwintowski, Henner Schmidt MdA u.a. – im Europäischen Haus (Unter den Linden 78)
- 14.12. 19.00 h BV Mitte: **Kandidaten-Caucus** mit allen an einer Kandidatur auf den Listen der FDP Mitte zur Berlinwahl 2011 Interessierten – im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), Otto-Suhr-Saal
- 15.12. 19.30 h OV Oranienburger Tor: **Weihnachtsfeier** – Info [www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)
- 16.12. 19.00 h OV Gendarmenmarkt: **Weihnachtsfeier** im Courtyard Marriot Berlin Mitte, Restaurant Oleo Pazzo (Axel-Springer-Str. 55)

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de). Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).